

Für die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen sind entsprechend den Hinweisen für Maßnahmen an bestehenden Straßen in Wasserschutzgebieten der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Postfach 50 13 62, 50973 Köln, Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers zu treffen.

Die erforderlichen Maßnahmen müssen

- in der Schutzzone II innerhalb von 10 Jahren
- in der Schutzzone III innerhalb von 15 Jahren

nach Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen sein.

- |     |   |     |
|-----|---|-----|
| 29. | Verwenden von Baustoffen, die auswaschbare wassergefährdende Stoffe oder Beimengungen enthalten, oder durch Umwandlung wassergefährdend wirken können | V V |
| 30. | Bau von militärischen Anlagen oder Einrichten von Übungsplätzen   | V V |
| 31. | Durchführen von Manövern oder Übungen von Streitkräften oder ähnlichen Organisationen, soweit sie nicht dem DVGW-Merkblatt W 106 entsprechen          | V V |
| 32. | Bau von Campingplätzen, Sportanlagen oder Badeanstalten   | V G |
| 33. | Märkte, Volksfeste oder sonstige Großveranstaltungen außerhalb dafür vorgesehener Anlagen mit geregelter Abwasserentsorgung                           | V G |
| 34. | Anlage von Tontaubenschießständen   | V G |
| 35. | Betreiben von Motorsport außerhalb dafür zugelassener Verkehrswege und -flächen   | V V |
| 36. | Neuanlage von Friedhöfen  | V V |
| 37. | Anlegen oder wesentliches Verändern von Fischteichen  | V G |

**Bodeneingriffe**

- |      |   |     |
|------|---|-----|
| 38.  | Erdaufschlüsse, die räumlich und zeitlich eng begrenzt sind (z. B. Abgrabungen, Ausschachtungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen), sowie alle über die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Bodennutzung hinausgehenden Bodeneingriffe von mehr als 3 m Tiefe; ausgenommen sind Erdaufschlüsse in bereits rechtskräftigen Bebauungsplänen | V G |
| 39.  | Bodenabbau oder Erdaufschlüsse, durch die Deckschichten auf Dauer vermindert werden   |     |
| 39.1 | mit Freilegen des Grundwassers  | V V |
| 39.2 | ohne Freilegen des Grundwassers   | V G |
| 40.  | Anlagen und Maßnahmen des Bergbaus mit Eingriff in die Deckschichten  | V G |
| 41.  | Durchführen von Sprengungen   | V V |
| 42.  | Bohrungen (mit Ausnahme für die öffentliche Wasserversorgung) von mehr als 3 m Tiefe  | V G |
|      | Die Bohrungen sind ordnungsgemäß auszubauen und nach Aufgabe der Nutzung unverzüglich ordnungsgemäß zu verfüllen.   |     |
| 43.  | Gebrauch von Grundwasserwärmepumpen oder Erdreichwärmepumpen  | V G |

**Verordnung  
zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes  
für die Quelfassungen Altenhagen II  
im Landkreis Schaumburg  
vom 3. 7. 98**

Auf Grund des § 48 Abs. 1 bis 3 sowie des § 49 Abs. 1 und 2 Niedersächsisches Wassergesetz – NWG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. 03. 1998 (Nds. GVBL. S. 347) wird verordnet:

**§ 1**

(1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Quelfassungen Altenhagen II der Wasserversorgung Samtgemeinde Rodenberg ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

(2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Schutzzone I (Fassungsbereich), die Schutzzone II (engere Schutzzone) und die Schutzzone III (weitere Schutzzone).

(3) Die Begrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen ist in der beiliegenden Übersichtskarte im Maßstab 1:25000 (**Anlage 1**) eingezeichnet. Das Wasserschutzgebiet liegt östlich der Ortslage Altenhagen II am Westhang des Deisters.

Die genaue Abgrenzung ist aus den nachstehend aufgelisteten Karten, die Bestandteil dieser Verordnung sind, zu entnehmen:

1. Übersichtskarte, Maßstab 1:25000, lfd. Nr. 3
2. Übersichtsplan, Maßstab 1:5000, lfd. Nr. 5

der Antragsunterlagen.

(4) Die Karten können vom Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung an während der Dienststunden bei den nachfolgend genannten Behörden kostenlos eingesehen werden:

Samtgemeinde Rodenberg  
Amtsstraße 5  
31552 Rodenberg

Bezirksregierung Hannover  
– Dezernat 502 –  
Am Waterlooplatz 11  
30169 Hannover

**§ 2**

(1) Die Schutzzone I darf nur zur Vornahme solcher Handlungen betreten werden, die erforderlich sind

1. zur Pflege der Schutzzone,
2. für den Betrieb und die Überwachung der Wassergewinnungsanlagen und
3. zur baulichen oder betrieblichen Veränderung der Wassergewinnungsanlagen.

(2) Die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist in der Schutzzone I verboten.

(3) Im übrigen ist das Betreten der Schutzzone I sowie die Vornahme jeglicher Handlung darin durch Unbefugte verboten.

(4) Innerhalb der übrigen Schutzzonen sind Handlungen und Anlagen nach Maßgabe der **Anlage 2** verboten oder genehmigungspflichtig (beschränkt zulässig) und Nutzungen nur nach Maßgabe der dort aufgeführten Regelungen erlaubt.

(5) Die über die Schutzbestimmungen dieser Verordnung hinausgehenden Verbote und Genehmigungsvorbehalte nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

§ 3

(1) Genehmigungen nach § 2 Abs. 4 dürfen nur versagt werden, wenn eine der in § 2 genannten Handlungen oder Anlagen auf das durch diese Verordnung geschützte Grundwasser nachteilig einwirken kann und diese Nachteile durch Bedingungen und/oder Auflagen nicht verhütet werden können.

(2) Befreiungen von den Verboten nach § 2 Abs. 4 können im Einzelfall nur zugelassen werden, wenn

- a) Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern, oder
- b) das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und der Schutzgebietszweck nicht gefährdet ist.

(3) Über die Erteilung von Genehmigungen nach Abs. 1 und die Zulassung von Befreiungen nach Abs. 2 entscheidet der Landkreis Schaumburg als zuständige untere Wasserbehörde.

§ 4

Anlagen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig vorhanden sind, jedoch den Vorschriften des § 2 Abs. 4 nicht entsprechen, bleiben weiter zugelassen.

§ 5

(1) Die Eigentümer/innen und die Nutzungsberechtigten der im Wasserschutzgebiet liegenden Grundstücke haben gemäß § 61 Abs. 1 bis 3 und 5 NWG zu dulden, daß Beauftragte der Wasserbehörden oder der von ihnen ermächtigten Dienststellen die Grundstücke betreten, um die Einhaltung der Schutzbestimmungen nach § 2 zu überprüfen.

(2) Sie haben ferner erforderlichenfalls gemäß § 49 Abs. 2 NWG folgende Maßnahmen zu dulden:

- 1. Anlage und Betrieb von Grundwasserbeobachtungsbrunnen,
- 2. Entnahme von Bodenproben,
- 3. Aufstellung von Hinweisschildern,
- 4. Lagerung von Hilfsstoffen zur Sicherung des Grundwassers.

(3) Betriebe mit mehr als drei Hektar landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzter Fläche im Wasserschutzgebiet sind verpflichtet, geeignete einzelflächenbezogene Aufzeichnungen (Schlagkarteien) zu führen. Sie haben mindestens Angaben über die Lage und Größe der einzelnen Anbauflächen, die Fruchtfolge, den Zeitpunkt der Ansaat, die mengen- und zeitmäßigen Einsätze von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie über die Ernteerträge zu enthalten. Bei Beweidung sind auch Angaben über die Tierart und -anzahl sowie Zeitpunkte des Auf- und Abtriebs zu machen. Vorhandene Ergebnisse von Bodenuntersuchungen sind den Aufzeichnungen beizufügen.

(4) Betriebe im Sinne des Absatzes 3 Satz 1 sind ferner verpflichtet, eine schlagbezogene Nährstoffbilanz (Nährstoffzufuhr minus Nährstoffabfuhr) für Stickstoff jährlich sowie für die Stoffe Phosphor und Kalium alle drei Jahre zu erstellen. Die Nährstoffzufuhr ist an Hand der Aufzeichnungen des Absatzes 3 zu errechnen. Für die Nährstoffabfuhr sind die in den Ernteprodukten oder Pflanzenzuwächsen gemessenen Nährstoffe anzusetzen; liegen keine Messungen vor, so sind die von der landwirtschaftlichen Fachbehörde ermittelten standortspezifischen Durchschnittserträge und Nährstoffgehalte zugrunde zu legen. Für Flächen mit Baumschulen, Strauchobstkulturen und Weihnachtsbäumen entfällt die Erstellung einer Nährstoffbilanz.

(5) Betriebe mit mehr als drei Hektar forstwirtschaftlich

genutzter Fläche im Wasserschutzgebiet sind verpflichtet, mindestens Aufzeichnungen über Termine und Aufwendungen von durchgeführten Pflanzenschutz- und Düngungsmaßnahmen zu führen. Diese Aufzeichnungen können auch durch den Vollzugsnachweis des Forstbetriebsgutachtens bzw. des Forstbetriebswerkes oder sonstige Buchführungsunterlagen belegt werden.

(6) Die Nutzungsberechtigten nach Absatz 3 und 5 sind verpflichtet, der zuständigen Wasserbehörde auf deren Verlangen die Aufzeichnungen vorzulegen.

Die jährlichen Aufzeichnungen sind mindestens sechs Kalenderjahre aufzubewahren.

§ 6

(1) Soweit eine Schutzbestimmung dieser Verordnung eine Enteignung darstellt, entscheidet auf Antrag der oder des Betroffenen die Bezirksregierung Hannover über die Entschädigung gemäß § 19 Abs. 3 und § 20 Wasserhaushaltsgesetz - WHG - i.d.F. vom 12. 11. 1996 (BGBl. S. 1695) in Verbindung mit §§ 51 und 55 bis 59 NWG.

(2) Setzt eine Schutzbestimmung dieser Verordnung erhöhte Anforderungen fest, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzung eines Grundstückes beschränken oder mit zusätzlichen Kosten belasten, so ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile gemäß § 51a NWG auf Antrag der oder des Betroffenen ein angemessener Ausgleich zu leisten, soweit nicht eine Entschädigungspflicht nach Absatz 1 besteht.

Ausgleichspflichtig ist das Land Niedersachsen. Anträge nimmt die Bezirksregierung Hannover (Dezernat 502) entgegen.

§ 7

Wer gegen die Bestimmungen des § 2 Abs. 1 bis 4 oder § 5 Abs. 2 bis 6 dieser Verordnung verstößt, handelt gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG bzw. § 190 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 NWG ordnungswidrig und kann mit einer Geldbuße bis zu 100 000,00 DM belegt werden.

Unberührt bleiben Regelungen und Zuständigkeiten nach anderen Rechtsvorschriften.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 15. 11. 1998 in Kraft.  
Hannover, den 3. 7. 1998

Bezirksregierung Hannover  
Im Auftrage  
Dr. Keuffel  
Abteilungsleiter

Anlage 2  
(zu § 2 Abs. 4)

In den Schutzzonen II und III sind folgende Handlungen und Anlagen verboten oder genehmigungspflichtig (beschränkt zulässig) und Nutzungen nur nach Maßgabe folgender Regelungen erlaubt:

- Es bedeuten:
- V = verboten
  - G = genehmigungspflichtig
  - = keine Beschränkung aufgrund dieser Verordnung

Ifd. Nr.	Handlung oder Anlage	Schutzzone			
		II	III		
<b>Abwasser</b>					
1.	Einleiten von Abwasser in den Untergrund				
1.1	Versenken, Untergrundverrieselung oder Versickern von Abwasser	V	V	8.2.2	vom 1. 2. bis zur Ernte der Hauptfrucht V -
1.2	Versenken oder Untergrundverrieselung des Niederschlagswassers von Dachflächen	V	G	8.3	auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen V V
1.3	Versenken, Untergrundverrieselung oder Versickern von Kühlwasser oder von Rücklaufwasser aus Wärmetauschanlagen	V	V	9.	Aufbringen von mineralischem Stickstoffdünger
2.	Abwasserleitungen			9.1	auf Grünland, ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen in der Zeit nach der Ernte der Hauptfrucht oder des letzten Grünlandschnittes bis zum 31. 1. des Folgejahres; V V
2.1	Durchleiten von Abwasser durch das Schutzgebiet	V	V		ausgenommen ist die Startdüngung zur Zwischenfrucht oder zu Winterraps bis zum 15. 9. mit maximal 40 kg N/ha, soweit die unter Nr. 7, 8 und 10 genannten Stoffe nicht ausgebracht werden. Bei Abfuhr des Zwischenfruchtaufwuchses können bis zu 80 kg N/ha ausgebracht werden.
2.2	Hinausleiten von Abwasser aus dem Schutzgebiet	G	G	9.2	auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen; V V
3.	Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer; ausgenommen Niederschlagswasser im Rahmen des Gemeindegebrauchs gem. § 73 NWG	V	G	10.	Aufbringen von Stallmist oder Kompost aus organischen Stoffen
4.	Bau von Abwasserbehandlungsanlagen oder Abwassersammelgruben	V	V	10.1	auf Grünland, ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen in der Zeit nach der Ernte der Hauptfrucht oder des letzten Grünlandschnittes bis zum 31. 12.; ausgenommen ist die Startdüngung zur Zwischenfrucht oder zu Winterraps bis zum 15. 9. mit maximal 40 kg N/ha in der Schutzzone III, soweit die unter Nr. 7, 8 und 9 genannten Stoffe nicht ausgebracht werden. Bei Abfuhr des Zwischenfruchtaufwuchses können bis zu 80 kg N/ha ausgebracht werden. V V
5.	Abwasserverregnung oder Abwasserlandbehandlung	V	V	10.2	auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen V V
<b>Land- und Forstwirtschaft und Erwerbsgartenbau</b>					
6.	Düngen (unter Berücksichtigung der Nährstoffnachlieferung aus dem Boden), wenn dadurch der Nährstoffbedarf der angebauten Kultur überschritten wird; ausgenommen das Düngen mit Phosphat, Kalium, Calcium und Spurenelementen, wenn dieses den Nährstoffbedarf der Kulturen im Rahmen der Fruchtfolge nicht überschreitet.	V	V	11.	Nutzungsänderungen
7.	Aufbringen von Klärschlamm			11.1	Nutzungsänderung von absolutem Grünland zur ackerbaulichen oder erwerbsgärtnerischen Nutzung V V
7.1	auf Grünland, erwerbsgärtnerisch oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen	V	V	11.2	Nutzungsänderung von absolutem Grünland zur sonstigen Nutzung V G
7.2	auf ackerbaulich genutzte Flächen			11.3	Nutzungsänderung von fakultativem Grünland V G
7.2.1	mit einem Trockensubstanzgehalt von 30 v. H. und mehr in der Zeit			11.4	Umwandeln von Wald zur ackerbaulichen oder erwerbsgärtnerischen Nutzung V V
7.2.1.1	vom 1. 10. bis 31. 12.	V	V	11.5	Umwandeln von Wald zur sonstigen Nutzung V G
7.2.1.2	vom 1. 1. bis 30. 9.	V	G	11.6	Kahlschlag von Wald; ausgenommen Durchforstungs- oder Lichtungshieb zur Verjüngung V G
7.2.2	mit einem Trockensubstanzgehalt von weniger als 30 v. H. in der Zeit			12.	Sonderkulturen und Gartenbau
7.2.2.1	vom 1. 10. bis 31. 1.	V	V	12.1	Errichten oder Erweitern von Baumschulen oder Gartenbaubetrieben V G
7.2.2.2	vom 1. 2. bis 30. 9.	V	G	12.2	Errichten oder Erweitern von Kleingartenanlagen nach dem Bundeskleingartengesetz V V
7.3	Aufbringen von Roh- oder Fäkalschlamm oder Müllkompost	V	V	13.	Bewirtschaften landwirtschaftlicher oder erwerbsgärtnerischer Flächen
8.	Aufbringen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft oder Geflügelkot				Der Nährstoffeintrag in das Grundwasser soll durch eine ganzjährige Pflanzendecke minimiert werden. Im Anschluß an die Ernte der Hauptfrucht ist deshalb eine Begrünung durchzuführen, wenn die Ernte der Hauptfrucht vor dem 15. 9. erfolgt. Unter „Begrünung“ ist
8.1	auf Grünland in der Zeit				
8.1.1	vom 1. 10. bis 31. 1.	V	V		
8.1.2	vom 1. 2. bis 30. 9.	V	-		
8.2	auf ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen in der Zeit				
8.2.1	nach der Ernte der Hauptfrucht bis zum 31. 1. des Folgejahres; ausgenommen ist die Startdüngung zur Zwischenfrucht oder zu Winterraps bis zum 15. 9. mit maximal 40 kg N/ha in	V	V		

hierbei die Ansaat einer Zwischenfrucht, Untersaat oder überwinternden Hauptfrucht zu verstehen. Folgt auf eine Begrünung mit einer Zwischenfrucht oder Untersaat eine Sommerung, so darf diese Begrünung frühestens ab 15. 11. eingearbeitet werden

- 13.1 Feldanbau von Raps G G
- 13.2 Feldanbau von Ackerbohnen oder Lupinen ohne Untersaat V V
- 13.3 Rotations- oder Dauerbrachen ohne gezielte Begrünung V V
- 13.4 Umbruch von Dauerbrachen in der Zeit vom 15. 7. bis 15. 11., ausgenommen der Umbruch zur Saat von Winterraps V V
- 13.5 Umbruch von Ansaaten mit feinkörnigen Leguminosen in der Zeit vom 15. 7. bis 15. 11., sofern nicht der letzte Aufwuchs vom Feld abgefahren wird; ausgenommen der Umbruch zur Saat von Winterraps V V
- 13.6 Feldanbau von Gemüse einschließlich Futtererbsen G G
- 14. Lagern von Wirtschaftsdünger
- 14.1 Lagern von Geflügelkot, Stallmist, Kompost oder Klärschlamm
- 14.1.1 außerhalb von undurchlässigen Anlagen mit Auffangvorrichtung V G
- 14.1.2 in oder auf undurchlässigen Anlagen mit Auffangvorrichtung V -
- 14.2 Lagern von Geflügelkot, Stallmist, Kompost oder Klärschlamm (Trockensubstanzgehalt des Klärschlammes von mindestens 30 v. H.) außerhalb von undurchlässigen Anlagen zur unverzüglichen Ausbringung, mit jährlich wechselnden Standorten V -
- 14.3 Lagern von Jauche, Gülle oder Silagesickersaft in
- 14.3.1 Behältern mit Sickerwasserkontrolle V G
- 14.3.2 Behältern ohne Sickerwasserkontrolle V V
- 14.3.3 Erdbecken (Güllelagunen) V V
- 15. Lagern von Gärfutter
- 15.1 in baugenehmigungspflichtigen Anlagen mit dichter Sohle und Auffangen der Silagesäfte V -
- 15.2 in allen übrigen Gärfuttermieten ohne Dichtung V V
- 15.3 in allen übrigen Gärfuttermieten mit Dichtung V G
- 15.4 Siliergut mit einem Trockensubstanzgehalt von 28 v. H. und mehr; ausgenommen Wickelsilagen V -
- 16. Anwenden von Herbiziden in der Zeit vom 1. 11. bis 15. 2. V -
- 17. Tierbesatz mit grundwassergefährdender Konzentration von Tieren, soweit die ordnungsgemäße Verwertung oder Entsorgung der Ausscheidungen der Tiere nicht sichergestellt ist (z. B. Pferde) V V
- 18. Einrichten von Holzpolterplätzen mit Beregnung (Holzkonservierungsanlagen) V G
- 19. Neuanlage von Dränen oder Vorflutern V G

**Wassergefährdende Stoffe**

- 20. Lagern, Umschlagen oder Abfüllen von

wassergefährdenden Stoffen gemäß § 19 g Abs. 5 WHG außerhalb von Einrichtungen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist oder ohne Verwendung tropfsicherer Umfülleinrichtungen V V

- 21. Verwenden offener radioaktiver Stoffe; ausgenommen das Lagern oder Verwenden im medizinischen oder labortechnischen Bereich V V
- 22. Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne von § 19 g Abs. 5 WHG
- 22.1 in Rohrleitungsanlagen gemäß §§ 156 und 161 NWG
- 22.1.1 unterirdisch verlegt V V
- 22.1.2 oberirdisch verlegt V G
- 22.2 in Feldleitungen, die der Bergaufsicht unterliegen V G
- 23. Einbringen von wassergefährdenden Stoffen in den Untergrund V V

**Abfall, bauliche Anlagen, Sondernutzungen**

- 24. Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zur Ablagerung von Abfällen zur Beseitigung V V
- 25. Errichten oder wesentliches Ändern von Kompostierungsplätzen oder Kompostierungsanlagen; ausgenommen Eigenkompostierung V G
- 26. Ausweisen von Baugebieten V G
- 27. Errichten von Wohngebäuden oder Ähnlichem und Gebäuden zur industriellen, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Nutzung einschließlich Nebenanlagen Für das Ändern dieser baulichen Anlagen gelten diese Bestimmungen, wenn die Änderung einer Nutzungsänderung dient und hierdurch mehr wassergefährdende Stoffe (größere Mengen, höhere Konzentrationen) anfallen oder verwendet werden. V G
- 28. Bau von Straßen
- 28.1 Neubau oder Ausbau von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen und Plätzen; mit Ausnahme von land- oder forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen V G
- 28.2 Neubau oder Ausbau von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen und Plätzen, soweit die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten“ – RiStWag – Ausgabe 1982 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Postfach 501362, 50973 Köln, in der jeweils gültigen Fassung angewendet werden; mit Ausnahme von land- oder forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen V -

Für die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen sind entsprechend den Hinweisen für Maßnahmen an bestehenden Straßen in Wasserschutzgebieten der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Postfach 50 13 62, 50973 Köln, Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers zu treffen.

Die erforderlichen Maßnahmen müssen

- in der Schutzzone II innerhalb von 10 Jahren
- in der Schutzzone III innerhalb von 15 Jahren

nach Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen sein.

- |     |   |     |
|-----|---|-----|
| 29. | Verwenden von Baustoffen, die auswaschbare wassergefährdende Stoffe oder Beimengungen enthalten, oder durch Umwandlung wassergefährdend wirken können | V V |
| 30. | Bau von militärischen Anlagen oder Einrichtung von Übungsplätzen  | V V |
| 31. | Durchführen von Manövern oder Übungen von Streitkräften oder ähnlichen Organisationen, soweit sie nicht dem DVGW-Merkblatt W 106 entsprechen          | V V |
| 32. | Bau von Campingplätzen, Sportanlagen oder Badeanstalten   | V G |
| 33. | Märkte, Volksfeste oder sonstige Großveranstaltungen außerhalb dafür vorgesehener Anlagen mit geregelter Abwasserentsorgung                           | V G |
| 34. | Anlage von Tontaubenschießständen   | V G |
| 35. | Betreiben von Motorsport außerhalb dafür zugelassener Verkehrswege und -flächen   | V V |
| 36. | Neuanlage von Friedhöfen  | V V |
| 37. | Anlegen oder wesentliches Verändern von Fischteichen  | V G |

#### Bodeneingriffe

- |      |   |     |
|------|---|-----|
| 38.  | Erdaufschlüsse, die räumlich und zeitlich eng begrenzt sind (z. B. Abgrabungen, Ausschachtungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen), sowie alle über die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Bodennutzung hinausgehenden Bodeneingriffe von mehr als 3 m Tiefe; ausgenommen sind Erdaufschlüsse in bereits rechtskräftigen Bebauungsplänen | V G |
| 39.  | Bodenabbau oder Erdaufschlüsse, durch die Deckschichten auf Dauer vermindert werden   |     |
| 39.1 | mit Freilegen des Grundwassers  | V V |
| 39.2 | ohne Freilegen des Grundwassers   | V G |
| 40.  | Anlagen und Maßnahmen des Bergbaus mit Eingriff in die Deckschichten  | V G |
| 41.  | Durchführen von Sprengungen   | V V |
| 42.  | Bohrungen (mit Ausnahme für die öffentliche Wasserversorgung) von mehr als 3 m Tiefe  | V G |
|      | Die Bohrungen sind ordnungsgemäß auszubauen und nach Aufgabe der Nutzung unverzüglich ordnungsgemäß zu verfüllen.   |     |
| 43.  | Gebrauch von Grundwasserwärmepumpen oder Erdreichwärmepumpen  | V G |